

Oktober 2021

Länderbericht

KAS Auslandsbüro bei den Vereinten Nationen in New York

**KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG**



Foto: Vereinte Nationen/Valentin Flauraud: Ein Luftbild über dem UN-Hauptquartier in New York zeigt ein 11.000 Quadratmeter großes und biologisch abbaubares Fresko "Work in Progress II" des Schweizer Künstler Saype.

Die Suche nach einer post-pandemischen Sozialordnung

Die aktuellen Krisen haben die Unzulänglichkeiten unserer globalen Ordnung klar offengelegt. Im Rahmen der 76. UN-Generalversammlung widmeten sich diverse hochrangig besetzte Themengipfel der Frage, wie wir in Zukunft besser gegen komplexe und verknüpfte Herausforderungen gerüstet sein können.

Sebastian Borchmeyer, Senior Program Officer, KAS New York

In ihrer größten Krise seit Ende des Zweiten Weltkrieges sieht die Weltgemeinschaft sich einer Reihe von Brandherden ausgesetzt, von denen der Klimawandel und die Corona-Pandemie nur die Spitze eines Eisberges zu sein scheinen. Auf vier hochrangigen Konferenzen anlässlich der 76. Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) zeigte sich der Generalsekretär alarmiert und warnte vor einer großen Zweiteilung der Welt und wachsenden Ungleichheiten, die das Vertrauen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, und damit die Basis globaler Zusammenarbeit, zu zerstören drohen. Erneut wirbt er um eine "Erneuerung des Gesellschaftsvertrages" (*renewed social contract*) zwischen allen Teilen der Gesellschaft.¹ Wichtige Themen der diesjährigen Diskussionen waren die wirtschaftliche Erholung in Folge der Auswirkungen der Corona-Pandemie, die globale Impfkampagne, nachhaltige Lebensmittelsysteme, die Energiewende, Klimawandel und der Aufbau von sozialen

Sicherungssystemen. Ein roter Faden waren Wege zur Finanzierung von Maßnahmen in Zeiten überbordender Schulden.

Die enorme Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit, welche die jährliche Tagung der Staats- und Regierungschefs bei der UN-Generalversammlung erzeugt, wird traditionell vom Generalsekretär dahingehend genutzt, eine Reihe von "Nebengipfeln" zu spezifischen Themen der globalen Ordnung zu veranstalten.² Diese hochrangigen Konferenzen stehen dabei oft, was die Prominenz ihrer Redner betrifft, der Generaldebatte wenig nach. Beispielsweise zog es die Bundeskanzlerin dieses Jahr vor, per Videobotschaft auf dem sogenannten "SDG Moment" aufzutreten und überließ dem Bundespräsidenten den deutschen Redebeitrag in der Generalversammlung.

In diesem Jahr fanden gleich vier multilaterale Konferenzen auf Level der Staats- und Regierungschefs statt, die sich im weiteren Sinne mit Agenda 2030 und COVID-19-Wiederaufbau auseinandersetzten: (i) Der bereits kurz erwähnte zweite jährliche 'SDG-Moment,' (ii) der Gipfel zu den Ernährungssystemen (*Food Systems Summit*), (iii) das hochrangige Treffen zu Arbeitsplätzen und sozialen Sicherungssystemen im Kontext der Armutsbekämpfung (*High-level Event on Jobs and Social Protection for Poverty Elimination*) und (iv) der hochrangige Energiedialog (*High-level Dialogue on Energy*).

Eine wiederkehrende Frage war, wie die Welt künftig proaktiv und risikoinformiert Krisen erkennen und sich systematisch darauf vorzubereiten könne, anstatt mit ad-hoc Maßnahmen lediglich auf sie reagieren zu müssen; dabei gleichsam versuchend, wie Phoenix erneut aus der Asche zu steigen. Ein neuer Ansatz wird schon dadurch notwendig, dass die großen Krisen unserer Zeit komplex miteinander vernetzt sind und es unmöglich ist, diese separat abzuarbeiten, auch im Hinblick scheinbarer Interessenskonflikten. Beispielsweise kann der universelle Zugang zu Elektrizität und der Aufbau von Ernährungssystemen, beides essentiell bei der Armutsbekämpfung, zur Verschärfung der Klimakrise beitragen, wenn die entsprechenden Maßnahmen zu ihrer Entwicklung nicht nachhaltig vorangetrieben werden. Mit Blick auf die aktuelle und auf künftige Pandemien wurde der globale Aufbau universeller Gesundheits- und anderer sozialer Sicherungssysteme bis 2030 diskutiert.

Die Frage der Finanzierung, insbesondere der Schuldenfinanzierung, hing wie ein Damoklesschwert über allen Debatten. Um den finanziellen Spielraum von Volkswirtschaften zu erweitern, wurden die Neuordnung der internationalen Schuldenarchitektur und die Möglichkeiten, welche die Instrumentarien des Internationalen Währungsfonds bieten, ins Visier genommen. UN-Generalsekretär António Guterres forderte, dass keine Regierung gezwungen werden solle, sich zwischen den Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern und denen gegenüber ihren eigenen Bürgern entscheiden zu müssen; der Zyklus von Überschuldung, Schuldenkrisen und 'verlorener Jahrzehnte' müsse endlich gebrochen werden.³

Eine globale Bestandsaufnahme zur Agenda 2030

Während der eigentliche Mechanismus zur Überprüfung der Implementierungsfortschritte der Agenda 2030 das jährlich im Juli stattfindende Hochrangige Politische Forum für Nachhaltige Entwicklung (*High-level Political Forum, HLPF*) bleibt, organisiert der Generalsekretär auf Wunsch der Mitgliedsstaaten seit 2020 nun auch während der Generalversammlung im September eine Momentaufnahme über den globalen Fortschritt der Entwicklungsziele (*Sustainable Development Goals, SDGs*), um mehr Dynamik und politischen Willen für deren Umsetzung zu generieren.⁴

Wie schon beim HLPF zeigte eine Bestandsaufnahme zu ausgewählten SDGs die Dramatik der Lage sechs Jahre nach der Verabschiedung der Agenda 2030 auf. Bei der Bekämpfung von extremer Armut (SDG 1), bislang eines der Vorzeigebjekte der Agenda, mussten enorme Rückschläge festgestellt werden: die COVID-19-Pandemie hat 100 Millionen Menschen in die extreme Armut zurückfallen lassen, fünf Jahre Fortschritt in der Armutsbekämpfung wurden somit zunichtegemacht. Bei SDG 5 zu Geschlechtergleichheit hat COVID-19 die bestehen Unterschiede verschärft: Bis 2030 werden schätzungsweise 10 Millionen mehr Mädchen als bisher Gefahr laufen, als Kinder zwangsverheiratet zu werden. Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von Gewalt wird; entsprechende *Helplines* erfuhren eine fünffache Zunahme von Anrufen während der Pandemie. Auch wenn die Repräsentation von Frauen in nationalen Parlamenten auf 26% anstieg ist davon auszugehen, dass es bei dieser Rate noch 40 Jahre dauern kann, bis Geschlechterparität erreicht wäre. Hinsichtlich des Klimawandels (SDG 13) steigen, nach kurzer Pause während der Pandemie, die Emissionen wieder an. Waldbrände und extreme Wetterbedingungen verursachten in den letzten 10 Jahren mehr als 1,3 Billionen US-Dollar an Schäden, ein Anstieg um 40% verglichen mit dem letzten Jahrzehnt.⁵

Das 'unsichtbare' Nachhaltigkeitsziel

Das Thema Internet-Konnektivität hatte überraschenderweise vor sechs Jahren keinen Eingang in die Agenda 2030 gefunden und wird daher oft als "SDG 0" oder das "unsichtbare Nachhaltigkeitsziel" bezeichnet. Offenbar war damals, wie Frau Doreen Bogdan-Martin von der Internationalen Fernmeldeunion (*International Telecommunication Union, ITU*) vermutete, ein Internetzugang als nicht-essentielles Gut verstanden und seine Dringlichkeit unterschätzt worden. Die Pandemie hat hier einen Bewusstseinswandel eingeläutet und das Thema ganz oben auf die Tagesordnung befördert.

Nach heutigen Schätzungen sind rund 4 Milliarden Menschen mit dem Internet verbunden, was immerhin eine Milliarde mehr ist als 2015. Jedoch sind immer noch mehr als 3 Milliarden Menschen offline, 70% davon in Afrika. Laut des GIGA-Projektes von ITU und UNICEF sind 42% der Schulen ohne Internet.⁶ Der Schaden eines fehlenden Anschlusses war nie größer als in der Pandemie: eines von drei Kindern weltweit konnte während des COVID-Lockdowns nicht auf Fernunterricht zugreifen. Die Konsequenz war, dass mehr als 100 Millionen Kinder unter die niedrigste Stufe der Lesekompetenz fielen. Eine gute Nachricht ist allerdings, dass es noch nie so kostengünstig war, Menschen mit dem Internet zu verbinden. Bei den Diskussionen kristallisierte sich heraus, dass die Lösung dieses komplexen Problems nur in neuen Technologien, innovativen Finanzierungsmechanismen und einem Multi-Akteurs-Ansatz zwischen allen Teilen der Gesellschaft liegen kann.

Von Schulden und Vakzinen

Zwei Themen zur Bewältigung der aktuellen Gesundheits- und Wirtschaftskrise standen bei den Diskussionen in New York besonders im Vordergrund: Die globale Impfkampagne und die konjunkturelleren Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft.

Nirgendwo mehr als in Afrika zeigt sich, wie sehr die Welt bei der gerechten Verteilung von Impfstoffen versagt hat. Laut Vera Songwe, Chefin der UN-Wirtschaftskommission für Afrika, wurden 80% aller Impfdosen an Länder mit hohem und mit gehobenem mittlerem Einkommen vergeben und nur 2% an afrikanische Staaten. Die Impfstoff-Allianz COVAX konnte ihre Versprechen in keiner Weise erfüllen. Das Kernproblem sei, laut Songwe, oft nicht

einmal das Geld – denn Afrika hätte beispielsweise mit der Afrikanischen Export-Import-Bank die finanziellen Mittel, um die Impfstoffe zu kaufen – als vielmehr wettbewerbswidrige Handelshemmnisse, die den Export von Impfstoffen aus Produktionsländern verhindere. Viele westlichen Länder ließen beispielsweise nicht zu, dass Vakzine ihr Land verließen, bis die eigene Bevölkerung versorgt sei. Ein wichtiger Schritt zur Lösung sei daher, mehr Impfstoffe auf dem afrikanischen Kontinent herzustellen und vorhandene Kapazitäten zu erweitern, und zwar nicht nur im Hinblick auf den SARS-CoV-2 Virus, sondern generell: 30 Millionen Kinder in Afrika leiden an mit Impfmaßnahmen vermeidbaren Krankheiten und über eine halbe Million Kinder sterben jährlich an ihnen.

Achim Steiner, Chef des UN-Entwicklungsprogramm UNDP, schätzte, dass allein im Jahr 2020 weltweit mindestens 14 Billionen US-Dollar in Form von Konjunkturpaketen ausgezahlt worden sind. Auch hier werden die globalen Ungleichheiten mehr als deutlich, denn den meisten Entwicklungsländern fehlt der fiskalische Spielraum, um auf die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie adäquat reagieren zu können und sie haben begrenzte Möglichkeiten, günstige Kredite auf dem Kapitalmarkt zu beziehen. Viele Länder übernahmen sich finanziell, 60 Nationen leiden aktuell an einem akuten Schuldennotstand. Die Frage der Reformierung der globalen Schuldenarchitektur und Maßnahmen zur Umschuldung von Ländern gewinnt daher erneut an Fahrt. Beispielsweise würde, so Steiner, 1% der diesjährigen Schuldentrückzahlungen ausreichen, um eine Milliarde Impfdosen zu finanzieren. Der UNDP-Leiter mahnte zudem, dass ein rein schuldenfinanzierter Wiederaufbau auch nur zu einem gewissen Punkt möglich sei und dass die Agenda 2030 und das Pariser Abkommen gute Wegweiser seien, wie wir aus der Krise kommen könnten. Sie würden zeigen, wo Konjunkturmaßnahmen am ehesten eine katalytische Wirkung entfalten könnten, beispielsweise bei der Digitalisierung, in sozialen Sicherungssystemen und beim Klimaschutz.

Die Crux mit den Sonderziehungsrechten des IWF

Eine hitzige Debatte entflammte sich bei der Frage der Umverteilung von sogenannten Sonderziehungsrechten (*Special Drawing Rights*, SDRs) des Internationalen Währungsfonds (IWF). Bei diesem Instrument handelt es sich um ein Anrecht auf Umtausch gegen eine Reservewährung (z.B. den Euro) und kann vom IWF eingesetzt werden, um die Liquidität von Ländern bei der Bewältigung von Krisen zu erhöhen. Eine Rückzahlungsfrist besteht nicht; eine Zuteilung ist daher vergleichbar mit der Gewährung eines Dispositionskredits des IWFs an seine Mitglieder. SDRs könnten jedoch theoretisch vom IWF wieder zurückverlangt werden, der Fond hat dies bislang aber noch nie getan.⁷

Im August 2021 entschied der IWF eine Rekordallokation von SDRs im Wert von 650 Milliarden US-Dollar. Die Zuteilungsquote orientiert sich dabei an der relativen Größe eines IWF-Mitglieds an der Weltwirtschaft, daher gingen SDRs im Wert von 282 Milliarden US-Dollar allein an G7-Länder. Deutschland erhielt auf diese Weise rund 35,5 Milliarden US-Dollar, während die 55 Länder Afrikas insgesamt lediglich rund 32,5 Milliarden US-Dollar (rund 5%) zugewiesen bekamen.⁸ Dieser Umstand hat große Kritik hervorgerufen, denn reiche Länder wie Deutschland bräuchten weder diese Liquiditätsspritze noch intendiert die Bundesbank, die Anrechte jemals einzulösen. Frau Songwe forderte beispielsweise, dass reiche Länder ihre SDR-Zuteilungen zu niedrigen Zinsen "weiterverleihen" sollten, um Entwicklungsländern die Möglichkeit zu geben zu niedrigen Konditionen Kredite aufzunehmen für Umschuldungsmaßnahmen, Klimaschutz und Impfkampagnen. IWF-Chefin Kristalina Georgieva warb auch eindringlich um die Möglichkeit, SDRs dem Währungsfond zurückzugeben durch Zuweisungen an die Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität oder

den vorgeschlagenen Resilienz- und Nachhaltigkeitsfond, welche Geld an die ärmsten Länder der Welt leihen. Eine weitere Möglichkeit wäre, SDRs an Entwicklungsbanken zu transferieren. Georgieva lobte die Initiative Frankreichs, 20% seiner Allokationen für Maßnahmen mit Fokus auf Afrika umzuverteilen.⁹ Die Bundesbank lehnte indes einen Transfer der deutschen SDR-Allokation aus rechtlichen Bedenken kategorisch ab und ertete dafür teilweise harsche Kritik.¹⁰

Die Zukunft der Arbeit und Soziale Sicherungssysteme

Der Arbeits- und Sozialgipfel beschäftigte sich unter anderem mit der Frage, wie die Arbeitswelt auf die großen Umbrüche unserer Zeit, wie die Energiewende und die vierte industrielle Revolution, reformiert werden kann. Einigkeit herrschte bei der Ansicht, dass eine breite Palette von Maßnahmen in der Ausbildung, Weiterbildung und Umschulung unter dem Konzept des "lebenslangen Lernens" notwendig seien. Eine gute Nachricht war dabei, dass viele der aktuellen Transformationen Arbeitsplätze schufen. Allerdings müsste der Arbeitsmarkt reformiert und Arbeitnehmer an neue Arbeitsplätze angepasst werden, wie OECD-Generalsekretär Mathias Cormann forderte. Bedenklich sei dabei, dass Arbeitnehmer, die am stärksten von der Automatisierung bedroht seien, nur halb so häufig an der Erwachsenenbildung teilnahmen, wie diejenigen, die am wenigsten davon betroffen seien.

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den globalen Arbeitsmarkt waren enorm und nach Schätzungen viermal größer als bei der Finanzkrise von 2007. Laut Angaben der Internationalen Organisation für Arbeit (*International Labour Organization*, ILO) wurde ein Äquivalent von 255 Millionen Vollzeit Arbeitsplätzen weltweit vernichtet; die Einkommensverluste betragen umgerechnet rund 3,7 Billionen US-Dollar. Es stellte sich dabei auch heraus, dass die sozialen Sicherungssysteme in den meisten Ländern mit der dramatischen Situation überfordert waren. Die rund 3.000 Arbeits- und sozialen Sicherungsmaßnahmen in 200 Ländern konnten laut Recherchen der Weltbank zwar das Absicherungsvolumen verdreifachen, jedoch wurde viele Arbeitnehmer im informellen Sektor nicht erreicht, in dem 60% aller Arbeitsplätze weltweit zu finden sind.¹¹

UN-Generalsekretär António Guterres, Weltbankpräsident David Malpass und ILO-Generaldirektor Guy Rider waren nur drei prominenten Redner, die vereint waren in ihrer Forderung nach einem universellen Sozialschutz bis zum Jahr 2030, welcher Gesundheitsversorgung, Einkommensschutz und Bildung beinhaltet müsse und niemanden zurücklassen dürfe, insbesondere nicht Frauen und Mädchen. Die Umsetzung eines solchen Sozialprogramms würde, laut ILO, die Entwicklungsländer rund 1,2 Billionen US-Dollar kosten – das entspräche 3,8% ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP). Zu wenig Beachtung bei den Debatten bekam leider die Frage, inwieweit die ärmeren Länder der Welt über die notwendigen institutionellen Kapazitäten verfügen, um diese enormen Sozialprogramme nicht nur zu finanzieren, sondern auch umzusetzen.

Der UN-Gipfel zu den Ernährungssystemen

Zum ersten Mal überhaupt organisierte der UN-Generalsekretär dieses Jahr einen Gipfel zu den Ernährungssystemen (*Food Systems Summit*, FSS). Der Begriff „Ernährungssystem“ bezeichnet dabei den gesamten "Lebenszyklus" von Lebensmitteln angefangen von ihrer Herstellung und Verarbeitung, über den Transport bis hin zum Verzehr. Experten der Weltbank schätzen den Anteil von Ernährungssystemen an der Weltwirtschaft auf rund 8 Billionen US-Dollar, also rund 10% des globalen BIP. Ziel des Gipfels war es, eine breite öffentliche Diskussion anzustoßen, wie unsere Lebensmittelsysteme reformiert werden

müssten, um nachhaltiger zu werden und zur Erreichung der Agenda 2030 beitragen zu können. Dem Gipfel voraus gingen umfangreiche Konsultationen mit allen Teilen der Zivilgesellschaft, inklusive dem Privatsektor, wobei 900 Dialogveranstaltungen mit 22.000 Teilnehmern durchgeführt wurden. Künftig wird der Generalsekretär alle zwei Jahre ein Treffen für eine globale Bestandsaufnahme der Ernährungssysteme einberufen, um die Fortschritte bei der Umsetzung auch im Hinblick auf die Agenda 2030 zu überprüfen.

Die weltweite Ernährungslage muss als katastrophal bewertet werden in Anbetracht der Zahlen, die António Guterres beim FSS vorlegte: 3 Milliarden Menschen können sich keine gesunde Ernährung leisten; auf der anderen Seite sind 2 Milliarden übergewichtig oder fettleibig. Bis zu 811 Millionen Menschen weltweit litten 2020 an Hunger, ein Anstieg von 20% in nur einem Jahr, über 41 Millionen Menschen stehen vor dem Hungertod. "Das Menschenrecht auf Nahrung bleibt unerfüllt," konstatierte der Generalsekretär. Ein weiteres Problem sei, dass Ernährungssysteme nicht nachhaltig betrieben würden: sie generieren ein Drittel der weltweiten Treibhausgas Emissionen, verbrauchen 70 % des Frischwassers und werden verantwortlich gemacht für 80% des Biodiversitätsverlusts. Guterres betonte aber auch, dass es durchaus möglich sei, eine wachsende Weltbevölkerung zu ernähren und gleichzeitig unseren Planeten zu schützen.

Bei der anschließenden Debatte der Staats- und Regierungschefs erntete der Generalsekretär viel Lob für die Initiative. Bundesminister Geld Müller machte speziell auf die Lage von Kindern aufmerksam. Jeden Tag stürben weltweit 15.000 von ihnen an Hunger; in den kommenden zwölf Monaten würde jedes zweite Kind an Unterernährung leiden. Auch machte der Minister auf den Nexus von Ernährungslagen und Sicherheit aufmerksam: "Die Bekämpfung von Hunger ist nicht nur Nothilfe, sondern immer auch Friedenspolitik." Müller schätzte, dass jährliche Investitionen von 40 Milliarden US-Dollar notwendig sein werden, um Ernährungssysteme zu reformieren. Frans Timmermans, der für die Europäische Union (EU) sprach, stellte die "Farm to Fork" Strategie der EU vor, die darauf abzielt, einen Übergang zu nachhaltigen Lebensmittelsystemen zu beschleunigen, insbesondere mit besseren Anbaumethoden, klimaneutralen Lieferketten und "Carbon Farming."

Eine globale Energiewende

Zum ersten Mal seit 1981 fand dieses Jahr auch ein Energiegipfel unter der Schirmherrschaft der UN-Generalversammlung statt. Das Thema Energie (SDG 7) rückte erneut in den Fokus aufgrund des Nexus von Stromerzeugung mit Klimawandel, Armutsbekämpfung und Gesundheit. Fast 760 Millionen Menschen haben immer noch keinen Zugang zu Elektrizität, wobei in Afrika der Anteil an dieser Zahl sogar noch zugenommen hat; 75% der Treibhausgasemissionen stammen aus dem Energiesektor, was ihn zum alles entscheidenden Faktor in der Klimapolitik macht, und 2,6 Milliarden Menschen kochen mit gesundheitsschädlichen Brennstoffen. Weltweit atmen neun von zehn Menschen verschmutzte Luft ein, was jedes Jahr zu etwa 8 Millionen vorzeitigen Todesfällen führt. Die gute Nachricht war, dass eine Wende hin zu erneuerbaren Energien enorme Möglichkeiten eröffnet, denn diese schaffen dreimal mehr Arbeitsplätze als der Sektor der fossilen Brennstoffe. Auch ist Photovoltaik heute in den meisten Ländern die günstigste Stromquelle.

Der Generalsekretär stellte einen Maßnahmenkatalog vor, wie sich seiner Meinung nach die Vision von bezahlbarer, erneuerbarer und nachhaltiger Energie für alle umsetzen ließe: In OECD-Ländern müssten bis 2030 alle Kohlekraftwerke abgeschaltet werden, der Rest der Welt müsste bis 2040 nachziehen. Jährliche Investitionen in Höhe von 60 Milliarden US-Dollar wären nötig, um bis 2025 die Anzahl der Menschen ohne Strom zu halbieren und eine

Milliarde Menschen mit sauberen Kochlösungen auszustatten. In einem weiteren Schritt müssten Energiesysteme radikal dekarbonisiert werden. Dazu solle man bis 2030 die Solar- und Windkapazitäten vervierfachen, was einem jährlichen Anstieg von insgesamt einem Terrawatt entspräche. Guterres warnte Investoren davor, in fossile Energiequellen zu investieren; diese bekämen "*stranded assets*." Erneuerbare Energielösungen böten hingegen die besten Geschäftsmöglichkeiten. Insgesamt seien Investitionen von 5 Billionen US-Dollar pro Jahr nötig, um die globale Energiewende zu stemmen.

Deutliche Worte fanden Guterres und auch IWF-Chefin Georgieva beim Thema Subventionen von fossilen Brennstoffen, die sich im Jahr 2020 auf 6 Billionen US-Dollar beliefen, was 6,8 % des weltweiten BIP entspricht. Die globalen CO₂-Emissionen könnten um ein Drittel gesenkt werden, wenn die Preise für fossile Brennstoffe bis 2025 so weit angehoben werden würden, dass sie die Umwelt- und Versorgungskosten vollständig abbildeten. Auf diese Weise könnte das Leben von 1 Million Menschen pro Jahr durch bessere Luftqualität gerettet werden.

Bei der anschließenden Aussprache mit den Mitgliedsstaaten war von einer Anhebung der Preise von fossilen Energien allerdings weniger die Rede. John Kerry, Klima-Gesandter des US-Präsidenten, kündigte an, dass seine Regierung vorhabe, bis 2035 den amerikanischen Energiesektor klimaneutral zu machen und den Verbrennungsmotor bei Autos abzuschaffen. Werner Hoyer, Präsident der Europäischen Investitionsbank, versprach bis 2030 Investitionen von 1 Billion Euro in Klimaschutz und ökologischer Nachhaltigkeit zu mobilisieren. Weltbankpräsident Malpass unterstrich, dass die Welt weitere technologische Fortschritte benötige, um die Kosten für Wasserkraft und Offshore-Windkraft zu senken, damit sie kommerziell und in großem Stil eingesetzt werden können. Energiespeicherung und CO₂-Sequestrierung (ein Verfahren zur Reduzierung von CO₂-Emission durch deren unterirdischen Einlagerung) seien ebenfalls für eine zuverlässige Stromversorgung unabdingbar. Die Repräsentanten Chinas boten der Welt Hilfe bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens an und versprachen, keine Kohlekraftwerke mehr zu exportieren.

Abschließende Bewertung

Die UN zeigte sich bei den hochrangigen Konferenzen während der UN-Generalversammlung ehrgeizig und visionär was den Wiederaufbau nach der COVID-19-Krise und der Ausgestaltung einer zukünftigen Wirtschafts- und Sozialordnung im Einklang mit der Agenda 2030 und dem Pariser Klimaabkommen betrifft. Die UN machte sich dabei zu nutzen, dass sie in der Lage ist, nicht nur Staatschefs zu mobilisieren, sondern auch die breite Zivilgesellschaft und die Jugend. Letztere versuchte Aufmerksamkeit für die Ziele zu generieren und setzte dabei auf einen Auftritt der prominenten koreanischen Boy-Group "BTS". Der Ansatz der UN, künftig krisenfestere Strukturen zu etablieren und mit Hilfe von universellen sozialen Sicherungssysteme eine "erste Verteidigungslinie für Krisen aller Art zu schaffen," wie die Stellvertretende Generalsekretärin Amina Mohammed es nannte, ist auch ein wichtiger Schritt zur (Wieder-)Herstellung von Vertrauen in öffentliche Institutionen.

Es ist klar, dass sich viele der von der UN geforderten Investitionen in Energie-, Ernährungs-, und Sozialsysteme langfristig rechnen würden. Die astronomischen Summen, die dafür bei knappen öffentlichen Kassen mobilisiert werden müssten, stellen allerdings eine Herausforderung der eigenen Art dar, zumal es auch fraglich ist, inwieweit Regierungen in der Lage sein werden, die Ressourcen effizient im Sinne der Agenda 2030 einzusetzen.

Sicherlich wird es der neuen Bundesregierung obliegen, den Finanzierungsbeitrag Deutschlands zu definieren. Das Thema Schuldenarchitektur und Umverteilung von SDRs sind sicherlich Punkte, die dabei ganz oben auf der Tagesordnung stehen sollten.

- ¹ Siehe hierzu auch der Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen: Our Common Agenda (<https://www.un.org/en/un75/common-agenda>).
- ² Siehe hierzu auch: Andrea Ostheimer, Die 76. VN-Generalversammlung und die Hoffnung auf ein Stück Normalität, New York, 24. September 2021 (<https://www.kas.de/de/web/newyork/laenderberichte/detail/-/content/die-76-vn-generalversammlung-und-die-hoffnung-auf-ein-stueck-normalitaet>).
- ³ António Guterres beim *High-level Event on Jobs and Social Protection for Poverty Elimination* am 28. September 2021.
- ⁴ Siehe hierzu auch Sebastian Borchmeyer, Agenda 2030: Schaffen wir das? New York, 28. Juli 2021 (<https://www.kas.de/de/web/newyork/laenderberichte/detail/-/content/agenda-2030-schaffen-wir-das>).
- ⁵ Claire Casey, Global Head of Policy and Insights at Economist Impact, Presentation on the State of SDG progress, *Second Annual SDG-Moment* am 20. September 2021.
- ⁶ "GIGA" Initiative von UNICEF und ITU (<https://gigaconnect.org>).
- ⁷ Bundesbank, Aktuelle Informationen über Sonderziehungsrechte, Frankfurt (<https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/finanz-und-waehrungssystem/internationale-zusammenarbeit/imf/aktuelle-informationen-ueber-sonderziehungsrechte-600648>).
- ⁸ Vera Songwe beim *Second Annual SDG-Moment* am 20. September 2021.
- ⁹ Kristalina Georgieva beim *High-level Event on Jobs and Social Protection for Poverty Elimination* am 28. September 2021.
- ¹⁰ Stefan Reccius, "Bundesbank lehnt Transfer von IWF-Mitteln ab", Börsenzeitung, Frankfurt, 20.08.2021 (<https://www.boersen-zeitung.de/bundesbank-lehnt-transfer-von-iwf-mitteln-ab-d4d51188-011d-11ec-803b-d89de9c07246>).
- Erlassjahr.de, Düsseldorf, 23.08.2021 (<https://erlassjahr.de/pressemitteilung/historische-finanzspritze-vom-iwf-erlassjahr-de-kritisiert-blockade-der-bundesbank/>).
- ¹¹ David Malpass beim High-level Event on Jobs and Social Protection for Poverty Elimination am 28. September 2021 (<https://www.worldbank.org/en/news/speech/2021/09/28/remarks-by-world-bank-group-president-david-malpass-at-high-level-event-on-jobs-and-social-protection-for-poverty-eradic>).

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Sebastian Borchmeyer
Senior Program Officer
Auslandsbüro New York
www.kas.de

sebastian.borchmeyer@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)